

(Abg. Kobelt)

3. Wie viele Anträge auf Fördermittel mit welcher durchschnittlichen Höhe liegen für den Abriss von Wohnungen oder Wohnhäusern in Thüringen bis zum 31. Dezember 2015 vor?

4. Wie viele Anträge auf Fördermittel mit welcher durchschnittlichen Höhe liegen für den Abriss von Wohnungen oder Wohnhäusern in Thüringen für das Jahr 2016 vor?

Präsident Carius:

Für die Landesregierung antwortet Frau Ministerin Keller.

Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Abgeordnete Kobelt, ich beantworte die Mündliche Anfrage für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Im Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost – Teilprogramm Rückbau“ wurden für das Jahr 2015 17 Vorhaben aufgenommen. Darüber hinaus lagen weitere neun Anträge für Rückbauvorhaben vor, die keine Berücksichtigung fanden.

Zu Frage 2: Zu den in der Antwort zu Frage 1 benannten und berücksichtigten Vorhaben wurden bis zum 31. August 2015 keine Bewilligungen erteilt.

Zu Frage 3: Insgesamt lagen für das Jahr 2015 im Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost – Teilprogramm Rückbau“ 26 Anträge mit einem Antragsvolumen von 5.568.660 Euro vor. Das entspricht einer durchschnittlichen Antragssumme von 214.179,23 Euro.

Zu Frage 4: Für das Jahr 2016 liegen derzeit noch keine Anträge im Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost – Teilprogramm Rückbau“ vor. Die Antragsfrist hierfür endet am 1. November 2015.

Vizepräsidentin Jung:

Es gibt keine Nachfragen. Damit kommen wir zur Anfrage der Abgeordneten Rothe-Beinlich, Bündnis 90/Die Grünen, in der Drucksache 6/1008.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Rechte und rassistische Übergriffe und Gewalttaten gegenüber Flüchtlingsunterkünften und Asylsuchenden in Thüringen

Immer wieder werden Übergriffe und Gewalttaten gegen Flüchtlingsunterkünfte und Asylsuchende verübt. So wurde beispielsweise am 2. September 2015 in Nordhausen eine Notunterkunft für Asylsuchende mit Steinen beworfen. Örtliche Polizeikräfte nahmen nach Medienberichten noch am selben Abend zwei Männer vorläufig fest. Im Juni 2015 wurden drei indische Studierende in Jena bei einem Überfall teils schwer verletzt, am 1. September 2015 wurde Medienberichten zufolge erneut in Jena ein Inder auf offener Straße angegriffen und der Turban vom Kopf gestoßen. Die Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen (ezra) verzeichnet für das 1. Halbjahr 2015 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum einen Anstieg rassistischer Übergriffe und Gewalttaten von 15 Prozent. Insgesamt wurden von ezra im 1. Halbjahr 2015 39

(Abg. Rothe-Beinlich)

Fälle von rechter Gewalt gezählt. Besonders auffällig und besorgniserregend sei es zufolge der Anstieg der Körperverletzungsdelikte um 60 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur Entwicklung der Anzahl und Schwere von Übergriffen und Gewalttaten gegenüber Flüchtlingsunterkünften und Asylsuchenden im Jahr 2015 vor?
2. Inwieweit wurden die in diesem Jahr festgestellten Übergriffe und Gewalttaten gegen Flüchtlingsunterkünfte und Asylsuchende als politisch motivierte Straftaten aus dem rechten oder fremdenfeindlichen Spektrum eingeordnet und wenn nein, warum nicht?
3. Mit welchen Maßnahmen stellt die Landesregierung den Schutz der Flüchtlingsunterkünfte und der Asylsuchenden sicher?
4. Wie unterstützt die Landesregierung zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereine und Verbände, die sich gegen rassistische und rechte Übergriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte und Asylsuchende engagieren?

Vizepräsidentin Jung:

Es antwortet für die Landesregierung das Ministerium für Inneres und Kommunales, Staatssekretär Götze.

Götze, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Rothe-Beinlich beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Im polizeilichen Informationssystem werden Vorkommnisse, also nicht nur Straftaten, im Zusammenhang mit Asylbewerberunterkünften seit dem 01.01.2015 gesondert erfasst. Mit Stand 7. September 2015 wurden 633 Vorkommnisse registriert. Vorkommnisse im Zusammenhang mit Asylbewerbern jedoch außerhalb von Asylbewerberunterkünften werden ebenso seit dem 01.01.2015 extra erfasst. Mit Stand 7. September 2015 waren 1.110 Sachverhalte registriert. Im Weiteren stelle ich die uns vorliegenden Erkenntnisse zur Teilmenge Straftaten der oben genannten Vorkommnisse dar.

Die Angehörigen der rechtsextremen Szene nutzen Vorkommnisse, welche sich zwischen Flüchtlingen untereinander – wie jüngst in Suhl ereignet – propagandistisch für ihre Zwecke. In verbal-radikaler Fiktion rufen sie zu Widerstand gegen die angeblich drohende Überfremdung Deutschlands auf. Aus diesem Szenario leiten sie eine Berechtigung zur vermeintlichen Selbstverteidigung ab und bereiten so agitatorisch den Boden für fremdenfeindliche Gewalttaten. Im Freistaat Thüringen wurden mit Stand 07.09.2015 bisher 23 Straftaten bekannt, die sich gegen Asylsuchende richteten. Damit hat sich die Zahl gegenüber 2014 bereits jetzt mehr als verdoppelt. Im gesamten Jahr 2014 wurden neun Delikte erfasst.

Zu Straftaten gegen Flüchtlinge und Asylsuchende möchte ich einleitend sagen, dass die Bezeichnungen wie „Flüchtling“, „Asylsuchender“ usw. im Rahmen der polizeilichen Kriminalstatisti-

(Staatssekretär Götze)

ken bei Opfern nicht erfasst werden. Damit können sie nicht in dem vorhandenen polizeilichen System recherchiert werden. Die Thüringer Polizei verfolgt alle Straftaten, die ihr bekannt werden, unabhängig vom Aufenthaltsstatus und der Nationalität der geschädigten Personen. Im 1. Halbjahr 2015 wurden der Thüringer Polizei 19 fremdenfeindliche Taten bekannt. Gegenüber dem ersten Halbjahr 2014, das waren damals 60 Fälle, ist damit eine deutliche Steigerung der Fallzahlen zu verzeichnen.

Zu Frage 2: Zunächst möchte ich zu Straftaten gegen Asylunterkünfte Auskunft geben. Von den 23 Straftaten gegen Asylunterkünfte wurden 15 Fälle der politisch-motivierten Kriminalität rechts zugeordnet. In den anderen Fällen haben die Ermittlungen zur Aufklärung der Sachverhalte erst begonnen bzw. die Prüfungen dauern an. Es ist also möglich, dass sich nach Abschluss der Ermittlungen weitere Delikte der PMK-rechts zuordnen lassen. Von den 90 fremdenfeindlichen Straftaten wurden 89 Fälle dem Phänomenbereich politisch motivierte Kriminalität – rechts zugeordnet.

Zu Frage 3: In den Landesaufnahmeeinrichtungen stellt der Freistaat Thüringen rund um die Uhr einen Einlass-, Wach- und Streifendienst sicher. Sie sind bzw. werden zeitnah durch Zäune gesichert. Zudem finanziert das Land entsprechend den geltenden Bewachungsstandards – abhängig von der Größe der Unterkünfte – einen mobilen, nächtlichen bzw. 24-stündigen Wachdienst. Darüber hinaus stellen die Einsatz- und Streifendienste der Polizeidienststellen individuell für einzelne Objekte festgelegte spezielle Schutz- und Kontrollmaßnahmen sicher. Dabei werden sie durch die Bereitschaftspolizei umfassend unterstützt. Seit dem Jahr 2014 entwickelt die Polizei einen polizeilichen Kontaktdienst für zentrale und dezentrale Asylbewerberunterkünfte. Der sogenannte KODA soll zielgruppenorientiert vor Ort Angelegenheiten im Zusammenhang mit entsprechenden Unterbringungen bearbeiten. Am 21.08.2015 wurde ein Rahmenbefehl im Zusammenhang mit Ereignissen in bzw. an Gemeinschaftsunterkünften, Landesaufnahmestellen und sonstigen Unterkünften von Flüchtlingen oder Asylsuchenden in Kraft gesetzt und am 08.09.2015 fortgeschrieben. Mit diesem Befehl werden die Rahmenbedingungen für die Bewältigung von Lagen in und an Gemeinschaftsunterkünften einheitlich festgelegt, um ein schnelles, wirksames Handeln bei optimaler Eigensicherung für die Einsatzkräfte zu ermöglichen.

Zu Frage 4: Auf Grundlage der Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen des Freistaats Thüringen für die Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund unterstützt das Land seit mehreren Jahren jährlich etwa 30 Integrationsprojekte im Weg der Kofinanzierung. Unterstützt werden insbesondere Projekte, die von Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und gemeinnützigen Vereinen durchgeführt werden und vor allem auf eine sprachliche Förderung der Zuwanderer sowie eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt ausgerichtet sind. Im aktuellen Haushaltsgesetz sind für 2015 rund 730.000 Euro für die Förderung von Integrationsprojekten vorgesehen. Das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit stärkt das bürgerschaftliche Engagement und die Zivilgesellschaft insbesondere auf kommunaler Ebene durch die flächendeckende Förderung von lokalen Aktionsplänen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Jung:

Es gibt eine Nachfrage der Abgeordneten Rothe-Beinlich.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen herzlichen Dank zunächst für die Antworten. Ich habe eine Nachfrage bezüglich des Brandanschlags in Rockensußra, und zwar ob es hier schon aktuell neue Erkenntnisse gibt, ob und wer gegebenenfalls hier als Täter infrage kommt.

Götze, Staatssekretär:

Dazu haben wir noch keine neuen Erkenntnisse.

Vizepräsidentin Jung:

Sie haben das Wort.

Abgeordneter Henke, AfD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich habe eine Frage zu Suhl: Wie viele rechtsextreme Straftaten gab es im 1. Halbjahr im Vorfeld des zentralen Aufnahmelagers in Suhl?

Götze, Staatssekretär:

Die Frage beantworte ich Ihnen schriftlich.

Vizepräsidentin Jung:

Ich rufe die Anfrage des Abgeordneten Möller, AfD, in der Drucksache 6/1009 auf.

Abgeordneter Möller, AfD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Gemäß einem Pressebericht in der Online-Ausgabe der „WELT“ vom 31. August 2015 äußerte der parteilose Bürgermeister von Suhl, Herr Triebel, dass laut der neuen Polizeistatistik die Zahl der Kaufhausdiebstähle in Suhl in letzter Zeit um 50 Prozent gestiegen sei. Die Täter kämen laut Polizei vor allem vom Westbalkan.

Laut der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 400 des Abgeordneten Henke, AfD, in der Drucksache 6/982 werden in Thüringen zwar grundsätzlich weder vom Land noch durch die Kommunen Erstattungen für Schäden aufgrund von einfachem Diebstahl gewährt. Unklar bleibt nach der Beantwortung, ob es – auch ausnahmsweise – Fälle von Entschädigungen durch das Land, die Gemeinden, kreisfreien Städte und Landkreise gegeben hat, zumal sich nach Kenntnis des Fragestellers entsprechende Gerüchte in der Bevölkerung halten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Sind der Landesregierung Fälle bekannt, in denen vom Land, den Gemeinden, Landkreisen oder kreisfreien Städten in Ausnahmefällen vollständige oder teilweise Erstattungen der finanziellen Schäden von Einzelhandelsunternehmen im kausalen Zusammenhang mit mutmaßlichen oder